

## **Leitfragen für das 10. Forum „Teilhabe statt Ausgrenzung“**

### **1. Was ist für uns Gewerkschaften kurzfristig zu tun?**

- Wie können wir zu Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit beitragen, damit das Armutsrisiko sinkt?
- Was können wir im Jahr 2009 für den Erhalt von Ausbildungsplätzen tun?

### **2. Was ist für uns Gewerkschaften langfristig zu tun?**

- Welchen Beitrag leisten wir zur Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen?
- In welchem Verhältnis stehen bei einer „Politik der Teilhabe“ gesetzliche, tarifvertragliche und betriebliche Ansätze zueinander?
- Welchen Beitrag leisten wird zur Armutsvermeidung und -bekämpfung?

## 1. Was ist für uns Gewerkschaften kurzfristig zu tun?

Jutta Roitsch:

Die Gewerkschaften sollten vor allem den alten Handwerkerspruch beherzigen: Erst Grübeln, dann Dübeln.

Daher zunächst zum Grübeln: Nach dem Platzen der Finanzblase und den Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt müssen die Gewerkschaften aufhören, von kurzatmigem Programm zu kurzatmigen Forderungen an den Staat zu springen. Die Gewerkschaften im DGB müssen untereinander klären, wessen Interessen sie vertreten und mit welcher Gesellschaftsvorstellung sie in dieser Krise des modernen Kapitalismus werben wollen. Wenn sie eine gesamtgesellschaftliche Kraft bleiben oder wieder werden wollen, müssen sie in den entscheidenden Themenfeldern von der Tarifpolitik, der Steuerpolitik, der Sozial-, Bildungs- und Ausbildungspolitik bis zur Energie-(d.h. Atomausstiegs-)politik eine einheitliche Linie finden. So ist Arbeitszeitverkürzung für alle und Umverteilung von Erwerbsarbeit, Familienarbeit und gesellschaftlicher Arbeit schon lange kein gewerkschaftspolitisches Thema mehr: die Entwicklung zur Teilzeitarbeit, zu Mini- und Midijobs betrifft die Frauen, die Ausweitung zu befristeter Arbeit die jungen Berufseinsteiger oder Hochschulabsolventen. Von der Abwrackprämie und der ausgedehnten Kurzarbeit haben vielleicht kurzfristig die Automobilindustrie und ihre Zuliefererfirmen etwas, die Milliarden wären bei den Erzieherinnen und bei den Programmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser angelegt.

Dass die Gewerkschaften in der Krise nur Forderungen an den Staat richten, ohne eine eigene Linie zu haben, kann an den Fakten und Daten nicht liegen. In Deutschland hat es in den vergangenen zehn Jahren eine solche Fülle von gesellschaftlichen Zustandsbeschreibungen gegeben, dass sich ein weiterer Fragenkatalog erübrigt: er hat sich durch die aktuelle Krise allenfalls noch verlängert und verschärft. Es liegen Berichte zu Armut und Reichtum, zu den Kindern und Jugendlichen, zu den Familien und zum Stand der Integration vor. Es gibt Nationale Integrationspläne und Bildungsberichte (zwei) sowie die Serie der internationalen Test-Studien zum Wissensstand der 15jährigen Schülerinnen und Schüler (Pisa). Alle Berichte liefern ein ungeschminktes Bild über den Zustand dieser deutschen Gesellschaft: Sie ist in sich vielfach gespalten und hat sich in den letzten zwanzig Jahren zu einer deutlichen Klassengesellschaft entwickelt - mit einer stabilen Unterschicht, die aber kaum Ähnlichkeiten mit dem klassischen Proletariat des 19. Jahrhunderts hat. Eine Auswertung dieser Befunde durch die Gewerkschaften hat nur punktuell stattgefunden. Schlüsse für die eigenen Politik sind nicht erkennbar.

Eine Ursache dafür liegt im fehlenden gesellschaftlichen Diskurs, an dem sich die Gewerkschaften aktiv beteiligen. Intellektuelle Anstöße der Gewerkschaften liegen Jahrzehnte zurück: Die „Qualität des Lebens“ ließ Otto Brenner Anfang der siebziger Jahre thematisieren. Das „Lied vom Teilen“, in dem es um Ökologie und Ökonomie, das Verhältnis der Geschlechter und die Bildung ging, stimmte die IG Metall vor über zwanzig Jahren an. Zur deutschen Vereinigung, zum veränderten Machtgefüge zwischen dem Bund und den Ländern seit der Verfassungsreform 1994 und der Föderalismusreform I fehlen gewerkschaftliche Debatten, mit der ersatzlosen Einstellung der Gewerkschaftlichen Monatshefte fehlt eine intellektuelle Plattform. Die Möglichkeiten für einen solchen intellektuellen Diskurs wieder zu schaffen, gehört zu den kurzfristigen Forderungen an die Gewerkschaften.

## 2. Was ist für uns Gewerkschaften langfristig zu tun?

Jutta Roitsch:

Auf das Grübeln folgt das Dübeln im Themenschwerpunkt Elite, Verteilung, Bildung: Wenn die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer vertreten wollen sowie diejenigen der Kinder, Jugendlichen, Frauen und Männer des unteren Drittels dieser Gesellschaft, dann müssen sie ihre Politik und ihre Blickrichtung ändern. Sie müssen die politische Lobby auch der „Risikogruppen“ werden, wenn selbst Wissenschaftlerinnen wie Jutta Allmendinger oder Pisa-Päpste nicht mehr öffentlich durchdringen: Die im Bildungssystem selektierten, in Maßnahmen mit geringem Wert abgeschobenen Jugendlichen haben sonst in dieser Gesellschaft niemandem, der ihre Interessen wirksam vertreten könnte. Um aber diese

# UMDENKEN GEGENLENKEN

Der DGB-Kapitalismuskongress

Aufgabe wahrnehmen zu können, müssen die Gewerkschaften insbesondere die im DGB durchsetzungsmächtigen Industriegewerkschaften ihre einseitige Orientierung an dem männlichen Facharbeiter aufgeben, der eine dreieinhalbjährige Ausbildung in einem mittelgroßen bis großen Unternehmen absolviert hat.

Die Gewerkschaften, die gegenwärtig mit großem Aufwand und viel Geld an einem gewerkschaftlichen Leitbild der Universität arbeiten, sollten mit noch größerem Elan ein Leitbild entwickeln, wie gerade in Zeiten der Krise für die Mehrheit in dieser Gesellschaft, die Nichtakademiker, zwei Grundrechte eingelöst werden: das Grundrecht auf freien Zugang zu Ausbildungsstätten und das Grundrecht der Berufswahlfreiheit. Die Gewerkschaften müssen sich der Tatsache stellen, dass das duale Ausbildungssystem, in dem sie noch starke Mitwirkungsmöglichkeiten haben, ein Weg von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ist, ein wichtiger zwar, aber eben einer, den große Gruppen von Jugendlichen nicht gehen können oder auch wollen. Die Gewerkschaften müssen sich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die vielfältigen Wege in die Beruflichkeit und in den Arbeitsmarkt gleichwertig sind. Nur so haben die jungen Migranten aus der Unterschicht über die Fülle von Sondermaßnahmen eine berufliche Perspektive, nur so könnten die Berufe der jungen Frauen (Erzieherin, Altenpflegerin, Sozialarbeiterin) in der Ausbildung und Bezahlung aufgewertet werden. Die Gewerkschaften müssten daher neu in die Debatte eingreifen und problematisieren, dass Berufe in Deutschland nach wie ein Geschlecht haben oder weitergehend „race, class and gender“ – wie die Engländer kurz und bündig formulieren. Für die Jugendlichen aus den „Risikogruppen“ müssten Berufsperspektiven jenseits der klassischen Lehre entwickelt werden, d.h. alle Maßnahmen müssten verwertbare Qualifikationen vermitteln, auch wenn das Wort „Module“ in den Gewerkschaften zum Unwort erklärt worden ist. Der Abschied vom „Königsweg“ des dualen Systems ist für die Gewerkschaften (jenseits ihrer Bildungsgewerkschaft GEW) schwer. Aber als Interessenvertreter könnten sie an Glaubwürdigkeit gewinnen, ebenso als gesellschaftspolitische Mitspieler.